

# Europavision gegen Europhorie

Autor(en): **Daguet, André**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340866>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Europavision gegen Europhorie



**André Daguet,**  
geboren 1947, lic. rer. pol.,  
leitender Zentralsekretär  
der Sozialdemokratischen  
Partei der Schweiz seit  
Ende 1986.

Von André Daguet  
Leitender Zentralsekretär SPS

Die SP Schweiz setzt rascher als alle anderen grossen Parteien auf die Karte Europa. Der Parteivorstand hat im November einstimmig und ohne Enthaltungen den Entwurf des Manifestes zur Europa-Frage zuhanden der Sektionen verabschiedet. Unsere Position ist klar: Der Alleingang der Schweiz ist politisch keine Alternative, der EWR-Vertrag bestensfalls ein erster Schritt. Kein Wunder, wenn in den Medien bereits von der Europapartei die Rede ist.

Die SP fordert Beitrittsverhandlungen mit der EG. Allerdings nicht ohne klare Vorgaben:

– Das schweizerische Strassennetz darf nicht noch mehr zum Eldorado für den europäischen Transitschwerverkehr verkommen. Wir wollen vorgängig einen Transitvertrag mit der EG, damit der Transitverkehr auf die Schiene kommt.

– Ein EG-Beitritt darf uns in der Umwelt- und Energiepolitik nicht im Namen des freien Verkehrs von Waren und Dienstleistungen zurückwerfen. Wir wollen keinen ökologischen Rückschritt.

– Ein EG-Beitritt soll auch sozial den Fortschritt absichern. Und in der Ausländerfrage brauchen wir für die zahlenmässige Beschränkung eine Uebergangsregelung, wollen dafür endlich das Saisonier-Statut abschaffen.

– Mit dem EG-Beitritt sollen die demokratischen Volksrechte nicht abgebaut, sondern weiterentwickelt werden. Die SP hat auch dazu Reformvorschläge.

– Parteivorstand und Fraktion haben ihre Europa-Vorstellungen vorgelegt. Das Ja zu Europa verlangt vor allem viel innere Reformen in der Schweiz.

– Die SP Schweiz ist eine europäische Partei. Mit der Vision eines demokratischen, friedlichen, sozialen und ökologischen Europas, in dem Mann und Frau gleichgestellt sind. Mit diesem und nur mit diesem Anspruch wollen wir den Weg nach Europa antreten.

Da liegt der fundamentale Unterschied zur Euro-Initiative der Schweizer Wirtschaftszeitungen. Wir suchen eine EG-Beitritt nicht um jeden Preis. Das müssen wir in den kommenden Diskussionen über Europa mit Nachdruck unterstreichen.

Die Euro-Initiative ist von Leuten von links und rechts, aus bürgerlichen Parteien und unseren eigenen Reihen, aus Gewerkschaften und von Unternehmern lanciert worden. Doch eine gemeinsame politische Sicht von Europa – von der gemeinsamen Europhorie abgesehen – fehlt. Sie ist gar nicht möglich.

Da liegt der nicht unwesentliche Unterschied zur Europaposition der SP Schweiz: Wir sind keine Europhoriker, sondern haben eine sozialdemokratische Vision der Zukunft von Europa.